

## Beschlussprotokoll II

der 20. Sitzung des Bundesrates vom 21. Mai 1969

### I. Umfrage

#### Herr Schaffner

- macht darauf aufmerksam, dass zwischen der Beantwortung der Interpellation Wartmann betreffend den Zwischenfall in Lucens und dem Kreditbegehren von 2,8 Mio Franken für die Abklärung der Gründe dieses Vorfalles ein gewisser Widerspruch herausgelesen werden könnte. Der Chef des EVD ist bereit, Herrn Bundesrat Bonvin, der nicht anwesend ist, in einer Notiz seine Bemerkungen zur Kenntnis zu bringen.

#### Herr Spühler

- bringt einige Probleme zur Diskussion, die sich im Zusammenhang mit dem Besuch des Papstes in Genf stellen. Er teilt vorweg mit, dass seines Erachtens auch Botschafter Humbert beim Empfang im Hôtel de Ville in Genf dabei sein sollte. Der Rat stimmt zu. Sodann ist der Vizedirektor des BIT, ein Afrikaner, bei Herrn Spühler gewesen und hat ihn sehr darum gebeten, dass der Bundesrat auch an den kleinen Essen teilnehme, das beim Papstbesuch serviert wird. Es handle sich um eine sehr bescheidene Mahlzeit, doch lege das BIT Wert darauf, dass der Bundesrat daran teilnehme. Es wird beschlossen, dem Wunsche des BIT zu entsprechen.

In der lebhaften Diskussion, die um den Besuch des Papstes sich entwickelt hat, wird insbesondere auch die Frage des Empfangs diskutiert. Es geht darum, ob der Papst als Oberhaupt der Kirche oder als Staatsschef begrüsst werden soll. Der Rat beschliesst, daran festzuhalten, dass der Papst in seiner Eigenschaft als Staatsschef in Genf empfangen wird, was bedeutet, dass der Empfang mit den üblichen militärischen Ehren stattfindet - wobei allerdings anstelle des Abschreitens der Ehrenkompagnie eine andere Variante noch geprüft werden kann.

Bezüglich der Messe, die der Papst zelebriert, ist der Rat einmütig der Auffassung, dass es Sache jedes einzelnen Mitgliedes der bundesrätlichen Delegation ist, ob er daran teilnehmen will oder nicht.

Ein delikates Problem stellt sich auch um den Besuch im Weltkirchenrat: Die Kreise um den Weltkirchenrat möchten, dass der Bundesrat mit dem Papst am Besuch in dieser internationalen Organisation teilnehme. Der Rat schliesst sich aber der Auffassung von Herrn Spühler an, dass ein Mitgehen im Gefolge des Papstes nicht in Frage kommen kann. Aus der



- 2 -

Diskussion ergibt sich, dass andererseits auch ein Empfang von Vertretern des Weltkirchenrates durch den Bundesrat, anlässlich seines Besuches in Genf, eher als Verlegenheitslösung wirken würde. Es wird in Aussicht genommen, entweder vor oder nach dem Papstbesuch zum Weltkirchenrat zu gehen. Das Politische Departement wird beauftragt diese Frage noch näher zu prüfen und Vorschläge zu machen;

- gibt bekannt, dass das EPD angefragt wurde, ob es gegen den Besuch des Generalstabschefs bei der jugoslawischen Armee etwas einzuwenden habe. Aus der Diskussion ergibt sich, dass der Bundesrat der in letzter Zeit feststellbaren Häufung solcher Besuche im Ausland kritisch gegenübersteht. Er beauftragt das EMD, Einladungen dieser Art mit grösster Zurückhaltung zu prüfen.

#### Herr Gnägi

- orientiert den Rat über die Verhandlungen der Kommission des Nationalrates, die sich mit dem Gesetzesentwurf über die Leitungsorganisation und den Rat für Gesamtverteidigung befasst und abschliessend der Vorlage in der Fassung des Ständerates zugestimmt hat;
- gibt dem Rat bekannt, dass er am Dienstag nach Pfingsten die Militärkommission des Nationalrates über den Stand der Flugzeugbeschaffung orientieren werde, weshalb er Wert darauf legt, vorgängig schon dem Bundesrat von den bisherigen Ergebnissen der Evaluation Kenntnis zu geben. Es geht darum, die Venom zu ersetzen. Die Vorarbeiten sind seit 1967 im Gange. Auf Grund des heutigen Standes der Evaluation kommen noch zwei Modelle in Frage: Der amerikanische Corsair und der italienische Fiat G 91. Diverse Meldungen sind darüber leider schon durchgesickert. Herr Gnägi hat vor, der Militärkommission des Nationalrates davon Kenntnis zu geben, aber dabei ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die vorberatenden Gremien ihre Arbeit noch nicht definitiv abgeschlossen haben und dass insbesondere auch noch keinerlei Entscheid des Bundesrates vorliegt. Die vorberatenden Instanzen werden am 24. Juni nochmals zusammentreten. Der Bundesrat wird dann noch vor Beginn der Ferien eine umfangreiche Dokumentation erhalten. Ein Entscheid ist aber nicht für die allernächste Zeit in Aussicht genommen. Die Angelegenheit muss reiflich überprüft werden. Herr Schaffner macht darauf aufmerksam, dass es sich dabei um einen Riesenauftrag handelt, von mindestens 1,3 Milliarden Franken. Für das Land, das diesen Auftrag bekommt, ist das eine grosse Sache. Wenn wir den Fiat wählen, wäre Italien am Zuge - es kann aber nicht in Frage kommen, dass wir Italien diesen Auftrag auf den Tisch legen, ohne eine angemessene Gegenleistung zu verlangen. Die Italiener machen uns gegenwärtig in vielen Fragen grosse Mühe: So beim Doppelbesteuerungsabkommen, bei der Sozialversicherung, im Lastwagenkrieg, und in der Integrationsfrage sind sie von einer ausgesprochenen Unfreundlichkeit unserem Lande gegenüber. Herr Spühler ist ebenfalls der Auffassung, dass dieses grosse Geschäft gründ-

- 3 -

lich geprüft werden muss und dass dem Bundesrat entsprechende Zeit einzuräumen ist. Herr Tschudi ist mit seinen beiden Vorednern durchaus einverstanden. Wir sind von Seiten Italiens tatsächlich einer beinah ununterbrochenen Erpressung ausgesetzt, neulich auch bei den Schulen, wo wir allerdings darauf hinweisen konnten, dass die Kantone kompetent sind. Herr Gnägi nimmt von diesen Ausführungen Kenntnis und sichert dem Rat nochmals eine umfassende Dokumentation über das ganze Problem zu. Er macht auch gleich darauf aufmerksam, dass es zu einer harten Auseinandersetzung zwischen der schweizerischen Flugzeugindustrie und jenen Kreisen kommen werde, die dieses neue Kampfflugzeug komplett im Ausland bestellen möchten.

Herr Bundespräsident von Moos

- teilt dem Rat mit, dass Herr a. Bundesrat Petitpierre, Präsident der Kommission der guten Dienste für den Jura, ihm den Bericht dieser Kommission abgeliefert hat. Ueber den Inhalt muss vorderhand noch absolute Diskretion gewahrt werden, dies umso mehr als die Uebersetzung in die deutsche Sprache noch nicht vorliegt. Sodann ist über das weitere Vorgehen Beschluss zu fassen, insbesondere über die Frage, wer die Publikation des Berichts übernehmen soll. Die Kommission hält sich für alle weiteren Auskünfte dem Bundesrat zur Verfügung, sie möchte aber auch von sich aus auf jeden Fall noch mit dem Gesamtbundesrat oder einer Delegation zusammentreffen, wenn immer möglich noch vor den Sommerferien. Herr Bundeskanzler Huber teilt dazu mit, dass nach der Auffassung von Herrn Regierungspräsident Huber die Publikation Sache des Kantons Bern sein sollte. Der Rat nimmt davon Kenntnis, ist aber mit diesem Vorgehen nicht einverstanden. Er beauftragt den Bundeskanzler, mit Herrn Regierungspräsident Huber Fühlung zu nehmen und ihm mitzutellen, dass nach der Auffassung des Bundesrates der Bericht durch die Kommission selbst publiziert werden sollte und dass der Bund die Kosten dieser Publikation übernimmt.

Herr Bundeskanzler Huber

- verweist auf das ausgeteilte provisorische Sessionsprogramm und bittet die Mitglieder des Bundesrates, wenn sie damit nicht einverstanden sein sollten, ihm bis Donnerstag der laufenden Woche Bescheid zu geben;
- teilt mit, dass die nächste Sitzung vom 28. Mai sehr belastet sein wird. Es wird deshalb in Aussicht genommen, diese Sitzung bereits um 0830 Uhr zu beginnen und Zeit für eine Nachmittags-sitzung zu reservieren.

23.5.1969 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)